

Pressemitteilung vom 3. April 2015

Legalisierung ist keine Lösung

Fast täglich findet man in den Schweizer Medien **Stellungnahmen für eine «neue» Drogenpolitik**. Der Tenor ist meist, dass man dem Staat viele Sorgen abnehmen und ihm Geld in die Kasse spülen könnte, wenn nur endlich die «Genuss»-Droge Cannabis legalisiert würde. Die Repression sei gescheitert, sie fördere die Drogenmafia, verursache grosse Kosten und helfe niemandem.

Doch stimmt das wirklich? Der **bekannte Strafrechtsprofessor und Kriminologe Martin Killias** hat sich kürzlich in einem Gastkommentar in der «Ostschweiz am Sonntag» erlaubt, das «Mantra» der Befürworter der Cannabis-Liberalisierung in Frage zu stellen.

Tauschen wir nicht einfach ein **Justizproblem gegen ein Gesundheitsproblem ein**? Die **behauptete Unschädlichkeit von Cannabis** vergleicht Killias zu Recht mit der Behauptung der Unschädlichkeit von Tabak, die bis vor 40 Jahren noch weit verbreitet war. Alle Hinweise auf gesundheitliche Schäden wurden damals – wie heute bei Cannabis – mit der angeblich fehlenden Schlüssigkeit der vorliegenden Studien weggewischt. Diese zeigen aber immer deutlicher, dass **Cannabiskonsum gefährliche Auswirkungen auf Körper und Psyche** haben kann: Konzentrations- und Gedächtnisstörungen, Passivität und Teilnahmslosigkeit, gestörte Wahrnehmung, psychotische Erkrankungen und auch Gewaltakte.

Genauso wie damals beim Tabak gibt es auch heute noch in der Cannabisfrage Leute, die alle kritischen Studien als nicht beweiskräftig darstellen und behaupten es bleibe offen, was Ursache und was Wirkung sei. Dass **beim Tabakrauchen die Gefahren kaum mehr bestritten** sind, rührt auch daher, dass die **Langzeit- und Spätfolgen des Rauchens seit Jahrzehnten beobachtet und untersucht werden**. Dies im Gegensatz zu Cannabis, dessen Konsum sich **erst ab den 1990er-Jahren massiv ausweitete** – übrigens parallel zur **Erhöhung des THC-Gehalts um ein Mehrfaches**.

Die Schweiz ist nicht das einzige Land, das **massiven Beeinflussungskampagnen** ausgesetzt ist. Auch in den USA, in lateinamerikanischen und weiteren europäischen Staaten finden sich **gewisse Politiker, Grossinvestoren, Interessengruppen und Medien**, die sich in den letzten drei Jahren wieder vermehrt und vehement **für die**

Liberalisierung/Legalisierung der Rauschgifte einsetzen. Grund und Ziel dieser Bestrebungen sind die **Sondersitzung der UN-Generalversammlung zum Thema Drogen von 2016** (UNGASS 2016) in New York. Dort wollen diese staatlichen und nichtstaatlichen Interessengruppen **mit allen Mitteln versuchen, die bewährten internationalen UNO-Drogenabkommen zu kippen.**

Halten wir nochmals fest: **Cannabis ist und bleibt eine Rauschdroge**, die vor allem bei regelmässigem Konsum schnell zu grösseren Problemen führen kann. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass heute, von den unter 25-Jährigen, die **in den ambulanten und stationären Suchthilfeeinrichtungen** Hilfe suchen, **der grösste Teil Cannabiskonsumenten sind:** Von 1997 bis 2013 stieg deren Prozentsatz **von 12% auf 82%!** (act-info, 2015)

Der Verein Jugend ohne Drogen stellt sich **klar gegen jede Art der Legalisierung von Rauschgiften.** Auch in Zukunft werden wir uns für den **Schutz unserer Kinder und Jugendlichen einsetzen**, über die vielfältigen **Gefahren der verschiedenen Rauschdrogen aufklären** und **sinnvolle, direkt zur Abstinenz führende Therapien unterstützen.**

Jean-Paul Vuilleumier
Sekretär Verein Jugend ohne Drogen